

Forschung

Für medizinische Universitäten wird in der Zukunft gelten, was für andere Universitäten genauso gilt: ein flächendeckendes Lehrangebot und eine entsprechende Profilbildung im Forschungsbereich. Gegenseitige Kannibalisierung ergibt keinen Sinn. Soweit ich das beobachten kann, gibt es aber keine großen Überlappungen. Wichtig ist aber auch die Erkenntnis, was ist Grundlagen- und was ist angewandte Forschung. Wir haben mit dem CeMM, dem Forschungszentrum für Molekulare Medizin, zum Beispiel eine Einrichtung, in der Grundlagenforschung dann eine angewandte Richtung erfährt. Daher war es uns auch wichtig, dass das CeMM direkt am Gelände des AKH angesiedelt ist.

Zum Forschungsbudget: Trotz der weltweiten Krise erhöhen nicht nur die USA, sondern auch etwa die Schweiz, Frankreich oder die skandinavischen Länder ihre F&E-Budgets teilweise drastisch. Sie dagegen sind froh, dass Österreich ungefähr den Status quo halten kann. Ist das nicht der falsche Weg? Wieso fordern Sie nicht viel offensiver mehr Budget?

Wir sind vor der Krise von 2,3 Mrd. Euro für die nächsten fünf Jahre ausgegangen, in den Regierungsverhandlungen wurde diese Summe auf 350 Millionen reduziert. Nicht zuletzt auch durch meinen Einsatz haben wir es dann wieder auf über 900 Millionen gebracht. Manche in der F&E-Community, da kann ich ihnen auch keine großen Vorwürfe machen, sind von den 2,3 Milliarden ausgegangen und haben bestimmte Projekte angeleiert. Die müssen jetzt verdaut werden. Aber: Objektiv betrachtet und unterm Strich haben wir mehr. Der Wachstumspfad wird fortgesetzt. Es gibt auch Länder wie beispielsweise Tschechien, die planen, das Budget für die Akademie der Wissenschaften zu halbieren. Wir geben im volkswirtschaftlichen Vergleich sogar geringfügig mehr aus als Deutschland, das aber offensichtlich im Verkauf viel besser ist. Aufgrund der Nationalratswahl waren wir außerdem die Ersten, wo die Krise budgetär schon entsprechend antizipiert ist. Bei den anderen Ländern wird sich das erst zeigen. Auch die Amerikaner werden die jetzigen Ausgaben nach drei Jahren wieder konsolidieren müssen. Und Volatilitäten

sind das Schlechteste für die Forschungsfinanzierung, genau das haben wir mit unserem stabilen Budget vermieden, auf das sich Institutionen wie zum Beispiel der FWF nun verlassen können. Man muss auch nachdenken, ob zum Beispiel mit gesetzlichen Rahmenbedingungen eine noch verlässlichere Absicherung des Forschungsstandortes machbar ist.

„UNSER ZIEL MUSS SEIN, DIE QUOTE VON ABSOLVENTEN ZU STEIGERN – UND NICHT DIE INSKRIPTIONEN.“
JOHANNES HAHN

Die angepeilten drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für 2010 werden sich aber nicht halten lassen, derzeit ist für heuer eine Steigerung von 2,73 Prozent zu erwarten, nach 2,66 Prozent im Jahre 2008. Wenn die Konjunktur wieder anzieht, gibt es dann ein zusätzliches Forschungsbudget?

Es hat eine Evaluierung der Forschungsmittel durch Wifo und Joanneum Reserch gegeben – mit dem Ergebnis, dass gar nicht so wenig Geld im Umlauf ist. Der Output ist noch nicht so optimal. Verbreitert werden müssen auch das Engagement der Unternehmen und der Innovationsbegriff. Stichwort indirekte Forschungsprämie und Erhöhung Forschungsfreibetrag. Da lassen sich sicher zusätzliche Impulse setzen. Die aktuellen Einbrüche sind ja nicht bei der öffentlichen Hand, sie sind in der Wirtschaft und insbesondere bei den Niederlassungen ausländischer Konzerne.

In Gesprächen mit der Austria-Wirtschaftsservice-Leitung wurde auf die Notwendigkeit von Venture Capital für F&E-Projekte hingewiesen und auch auf diesbezügliche Regierungsgespräche. Geht da was weiter?

Es gibt immer wieder Überlegungen. Ich bedaure, dass wir da noch keinen Boden unter den Füßen gefunden haben. Bei der Thematik sind wir leider noch europäisches Schlusslicht. In Bereichen wie zum Beispiel Biotechnologie finden wir mit den aktuellen Finanzierungsinstrumenten nicht das Auslangen, hier geht es um andere Volumina. Dafür brauche ich Venture Capital. Aber das

ist nur ein Teilaspekt, es geht auch um universitäre Start-ups am Standort der Uni. Stichwort „Science Parks“, was in Linz oder Klagenfurt bereits funktioniert. Verstärkt werden muss aber auch die professionelle Hilfe im kaufmännischen Bereich oder im Marketing. Und: Gerade hat der Rechnungshof die mangelnde Verwertung von F&E-Ergebnissen oder Patenten an TU Wien und TU Graz sehr gemischt beurteilt.

Rund ein Fünftel der insgesamt antragsberechtigten Forscher in Österreich stellt FWF-Anträge. Warum nur so wenige? Können Anreizsysteme wie bei Uni Wien, wo ein Overhead-Anteil an Wissenschaftler geht, etwas ändern? Oder glauben Forscher, FWF-Projektfinanzierungen seien zu schwierig?

Das sagen meist jene, die das noch nie probiert haben. Die Genehmigungsverfahren im FWF sind schlank und unbürokratisch, auch was Einzelprojekte betrifft. Es ist aber richtig, dass man den heimischen Unis hier zur Hand gehen muss. Ich bedaure aber, dass wir budgetbedingt vorläufig die Overhead-Finanzierungen stoppen mussten. Am Ende des Tages müssen wir aber wieder in diese Richtung kommen. Das ist für die Unis ein gutes Evaluierungsinstrument plus Motivation.

Welche Effekte auf Studienzahlen und Qualität erwarten Sie sich von der verpflichtenden Studieneingangsphase?

Meine Sorge sind die großzügigen Ausnahmeregelungen, was die Studienbeiträge angeht. Das wird zu mehr Inskriptionen führen.

Was man im Sommersemester mit plus 22 Prozent bereits sieht.

Richtig. Im Vorjahr war die Steigerung 0,7 Prozent. Dieser rasante Anstieg ist ungewöhn-

lich. Unser Ziel muss sein, die Quote von Absolventen zu steigern – und nicht die Inskriptionen. In den Jahren seit 2001, wo die Studienbeiträge eingeführt wurden, hat sich das Studieverhalten massiv geändert. Die Zahl der inaktiven Studierenden hat von über 40 Prozent auf unter 15 Prozent abgenommen. Die durchschnittliche Studiendauer ist um ein Jahr weniger geworden. Gleichzeitig wurde das Budget für die Studienbeihilfen massiv erhöht.

Was sagt die Zunahme an Inskriptionen über die bisherige Treffsicherheit der Studienbeihilfe aus?

Inskriptionszahlen sagen nichts über die Zahl der aktiv Studierenden aus. Außerdem: Das Studienförderungssystem wurde laufend verbessert. Studienbeiträge, die übrigens auch kürzlich von der OECD empfohlen wurden, haben eine steuernde Wirkung.

Welche qualitativen Zugangsbedingungen für Doktorats- und Master-Studien sind denkbar oder geplant?

Das liegt in der Autonomie der Universitäten. Wichtig ist mir aber: Für jedes Bachelor-Studium muss ein Master-Studium ohne zusätzliche Zugangsbedingungen an der jeweiligen Uni angeboten werden.

Thema 40 Prozent Frauenquote: Wie rasch muss die Quote in den Uni-Gremien umgesetzt werden?

Die UG-Novelle tritt mit 1. Oktober 2009 in Kraft. Ab dann müssen alle Neubesetzungen und Neuzusammensetzungen die 40 Prozent Frauenquote zum Ziel haben.

Die Agentur für wissenschaftliche Integrität: Inwieweit wird deren Arbeit veröffentlicht?

Die Agentur ist ein wichtiger Schritt zur Qualitätssicherung

des heimischen Wissenschafts- und Forschungsstandortes. Mit der deutschen Biowissenschaftlerin Ulrike Beisiegel konnte eine kompetente und erfahrene Wissenschaftlerin für den Vorsitz gewonnen werden. Ich bin überzeugt, dass die Agentur die richtige Balance zwischen Transparenz und Vertraulichkeit finden wird.

Welche Aktivitäten gibt es in Alpbach?

Wie schon angesprochen, eine noch verlässlichere Forschungsfinanzierung – dieser langfristige Forschungsbudgetpfad wird auch Thema in Alpbach sein. Dazu der heimische Hochschulraum und seine – wie auch im Regierungsprogramm vorgesehene – Weiterentwicklung. Hier wird es einen breiten Diskussionsprozess mit allen maßgeblichen Stakeholdern geben.

Als ehemaliger Unternehmer sind Sie gewohnt, rational zu entscheiden. Wie geht es Ihnen da in der oft irrationalen Politik?

Mein Vorteil ist, ich bin „zweisprachig“ aufgewachsen, weil ich seit Langem politisch aktiv und entsprechend lange in beiden Welten zu Hause bin. Man muss politische Mechanismen kennen. In der Politik muss man gestalten und nicht verwalten. Genauso kann aber ein Unternehmer vom politischen Know-how profitieren, zum Beispiel bei der Frage der Mitarbeiterführung. Man kann von beiden Seiten sinnvolle Dinge übernehmen. Mir fehlen manchmal monatliche Kennzahlen mit einer Zuordenbarkeit des eigenen Tuns. Nach meinen Erfahrungen gibt es aber auch in Großunternehmen Politik.

Das gibt es auch in kleineren Unternehmen.

Überall wo Menschen sind, menschelt es.



„Man muss auch nachdenken, wie mit gesetzlichen Rahmenbedingungen eine noch verlässlichere Absicherung des Forschungsstandortes machbar ist“, meint Johannes Hahn. Fotos: Andy Urban